

Kurz und schnurz

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **102 (1976)**

Heft 14

PDF erstellt am: **01.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kurz und Schnurz

(Ueber Nacht sind bei uns folgende Meldungen der Schweizerischen Deppen-Agentur eingegangen, für welche die Redaktion allerdings nur in Ausnahmefällen die volle Gewähr übernehmen kann.)

MAINZ

Eduard Zimmermann, der Leiter der beliebten Ganovenjagd-Sendung «Aktenzeichen XY – ungelöst» im Zweiten Deutschen Fernsehen, gab kürzlich vor Pressevertretern bekannt, er wolle sich demnächst der Lockheed-Bestechungsaffäre widmen, um endlich etwas Licht in diese dubiose Angelegenheit zu bringen. Leider, so klagte der erfolgreiche Tele-Sheriff, hätten ihm die Schweizer Behörden bis jetzt die Erlaubnis verweigert, die notwendigen Recherchen nach dem Verbleib jener Gelder einzuleiten, die an zahlreiche Regierungsmitglieder verteilt worden sind. Er will sich aber deswegen nicht entmutigen lassen und bittet schon jetzt alle Fernsehzuschauer um sachdienliche Hinweise an die jeweiligen Landesstudios oder an den nächsten Polizeiposten. Niemand solle ihm nachsagen dürfen, so der tiefbekümmerte Zimmermann, er sehe nur gerne die kleinen Gangster hängen, während er die grossen laufen lasse.

BERN

Auf die kürzlich im Nationalrat kritisierte Tatsache, dass die Ausgleichskassen der AHV, IV und EO allein bis Ende 1974 Beitragsausstände in der Höhe von etwa 300 Mio. Fr. zu verzeichnen hatten, weil zahlreiche Arbeitgeber die von den Löhnen ihrer Mitarbeiter abgezogenen Beiträge zurückbehalten und als liquide Betriebsmittel verwendet hätten, erwiderte Bundesrat Hürlimann, man müsse die besondere Situation dieser Unternehmer verstehen. Vor die Alternative gestellt, entweder ihre Firmen zu schliessen oder ihre Angestellten weiterbeschäftigen, hätten sie dem Ueberleben eines Unternehmens ohne Zögern den Vorzug gegeben. Denn dass das auf

drei morschen Säulen beruhende Alterssozialwerk ohnehin früher oder später zusammenkrache, sei ja bereits hinlänglich bekannt.

ZERMATT

Von den zahlreichen Seilbahnunfällen der letzten Zeit ausgehend, hat sich der Schweizerische Bergführer-Verband entschlossen, diesen Sommer vermehrt Bergsteigerkurse durchzuführen. Mit dem Wahrspruch: «Bergsteigen ist heute weniger gefährlich als Seilbahnfahren» versucht die genannte Organisation in allen Bergkurorten für ihre Tätigkeit zu werben.

ANDORRA

Die andorranische Regierung hat sich nach eingehenden Beratungen bereit erklärt, den Luftverkehrsgesellschaften Air France und British Airways versuchsweise die Landeerlaubnis für das Ueberschallflugzeug «Concorde» zu erteilen. Eine vertragliche Vereinbarung legt allerdings fest, dass ihnen diese Unternehmen den hierzu erforderlichen Flugplatz erstellen.

BONN

Der deutsche Bundestag hat beschlossen, 50 Millionen Exemplare der Verfassung drucken zu lassen und diese an alle westdeutschen Haushalte zu verschicken. Nach Ansicht der Politiker soll auf diese Weise jedem Bürger überhaupt erst einmal die Möglichkeit eingeräumt werden, die Verfassung kennenzulernen, bevor er sich entscheidet, ob er ihr feindlich oder freundlich gegenüberstehen möchte. In Zweifelsfällen sieht der Bundesverfassungsschutz vor, dass der Bevölkerung einige altgediente, pensionierte Richter mit Volksgerichtshof-Erfahrung beratend zur Seite stehen werden.

Stimmungsbild

Ueber sechzig Prozent der Stimmberechtigten hält es nicht für nötig ihre Stimme abzugeben und zwei Drittel der stimmenden Stimmbürger begeht die Unstimmigkeit in der Mitbestimmungsfrage gegen ihre eigenen Interessen zu stimmen

Mit dieser Art von Selbstbestimmung kann irgend etwas nicht mehr stimmen

Peter Heisch

Der heitere Schnappschuss

Photo: pin



Reporter(innen)nachwuchs in der Singvögel-Ausstellung

Hans Weigel

Ferner Osten und deutscher Osten

Als kürzlich wieder einmal eine bundesdeutsche Delegation die Volksrepublik China besuchte, erinnerte sie ihre Gastgeber daran, dass seinerzeit Ministerpräsident Tschu zu bundesdeutschen Gästen gesagt hatte: Für ihn gebe es kein Kaliningrad, er kenne nur die Stadt Königsberg. Und der zeitliche hohe chinesische Würdenträger bekannte sich zu diesem Ausspruch seines grossen Vorgängers.

*

Die Volksrepublik China will also den ehemals deutschen Osten regermanisieren. Sie geht in ihrer politischen Linie weit über die bundesdeutsche Rechte hinaus. Sie würde gewiss auch gern die sudetendeutschen Gebiete rückgliedern und anschliessend das «Protectorat Böhmen und Mähren» wiedererrichten, wenn diese Gebiete zur Bundesrepublik Deutschland und nicht zur DDR kämen. Auch Oesterreich müsste, findet man in Peking, wieder an Deutschland angeschlossen werden, Südtirol vor- oder nachher an Oesterreich. Wer Königsberg sagt, muss auch Bozen sagen. Peking kennt kein Bolzano, sondern nur Trient. Peking ist gegen zweisprachige Ortstafeln im südlichen Kärnten, für Peking gibt es nur Danzig, nicht Gdansk, nur Breslau, nicht Wroclaw. Peking will nicht ruhen und rasten, ehe die Bundesrepublik ihre Kolonien in Afrika zurückbekommen hat.

Nur mit den Juden gibt es, wie immer, Schwierigkeiten; denn diejenigen, die Kaliningrad Königsberg nennen, sind gegen die Juden, und diejenigen, die Königsberg Kaliningrad nennen, sind auch gegen die Juden.

Profunde Kenner der chinesischen Szene meinen allerdings, dass sich in Peking letzten Endes der Antikommunismus als stärker erweisen wird und dass in der Kampagne der Volksrepublik China für Deutschlands Platz an der Sonne und gegen den plutokratisch-bolschewistischen Weltfeind die Parole «Juda verrecke!» nur deshalb nicht lautwerden wird, weil die Chinesen das R nicht aussprechen können.